

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 22. September 2024

A1NEU2: Rüstungsindustrie an sicherheitspolitische Aufgaben und Herausforderungen anpassen

ÄNDERUNGSANTRAG Ä1

Antragsteller*in: Karl Koch

Titel

Ändern in:

Friedenspolitik an sicherheitspolitische Aufgaben und Herausforderungen anpassen

Antragstext

Von Zeile 1 bis 3 löschen:

Grüne Außen- und Sicherheitspolitik will Frieden und Freiheit und eine auf völkerrechtlichen[Leerzeichen]bzw. rechtstaatlichen Prinzipien basierende Ordnung. Unser Friedensbegriff ist weiter gefasst als eine reine militärische Verteidigung.

Von Zeile 10 bis 20:

der Notwendigkeit sicherheitspolitischer Unterstützung, wie bei UN-Missionen, mandatierten Einsätze ~~oder einem Verteidigungsfall. Wir müssen die neue internationale Bedrohung ernst nehmen und uns dagegen ausreichend absichern. Als Mitgliedsstaat von NATO und EU muss Deutschland seine Fähigkeiten und seine Bereitschaft zur Bündnisverteidigung glaubhaft machen, um Frieden auch durch Abschreckung wirksam sichern zu können. Dazu müssen wir eine starke Resilienz gegenüber jedweder Bedrohung und Einflussnahme ausbauen und den aktuellen Rückstand unserer Verteidigungsfähigkeit aufholen. Es braucht eine gut ausgestattete und ausgebildete Bundeswehr im Rahmen einer deutschen und europäischen Sicherheitsarchitektur und~~

~~der NATO. Aber wir brauchen dafür auch eine leistungsfähige, europäisch koordinierte Rüstungsindustrie:n oder einem Verteidigungsfall. Wir müssen die neue internationale Bedrohung ernst nehmen und uns dagegen ausreichend absichern. Dies gelingt nur mit einer gut ausgestatteten und ausgebildeten Bundeswehr im Rahmen einer deutschen und europäischen Sicherheitsstrategie und der NATO.~~

Von Zeile 22 bis 36:

die Leistungsfähigkeit zu optimieren und die Skalierbarkeit sicherzustellen. In diesem Rahmen gilt es für den Bedarf der EU-Länder, und unserer NATO-Verbündeter und ~~weiterer Wertepartner*innen~~ zu entwickeln und zu produzieren.

~~Deutschland steht damit vor einem Paradigmenwechsel im Rüstungsbereich, in dem der Staat verlässlich die Weichen für Sicherheit und langfristige Planbarkeit stellen muss. Unsere nationalen Ziele und die der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) müssen an die notwendigen sicherheitspolitischen Aufgaben und Herausforderungen angepasst werden. Dazu müssen wir die Instrumente der Industrie-, Kooperations- und Exportpolitik aufeinander abstimmen und mit ausreichenden Mitteln ausstatten. Bis zum Aufbau einer ausreichenden Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit können wir dies nur außerhalb der Schuldenbremse leisten. In Anbetracht der sicherheitspolitischen Herausforderungen brauchen wir eine Koordinierung, Konsolidierung und Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie. Dieses Ziel kann erreicht werden, wenn wir die hier aufgeführten benötigten Sicherheitsbedarfe definieren~~

Wir stehen fest zu unseren Bündnispartnern der NATO.

Von Zeile 43 bis 81:

~~Die Rüstungsindustrie kann nicht auf eigene Faust auf Halde produzieren, deshalb braucht sie verlässliche politische Entscheidungen. Die jährlichen Haushaltsverhandlungen bieten den überwiegend privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen der SVI keine Planungssicherheit, um in den Aus- und Aufbau von Kapazitäten zu investieren. Wir schlagen daher ein Bundeswehrplanungs- / finanzierungsgesetz vor, entsprechende Bemühungen auf EU Ebene sowie ggf. den Abschluss von langfristigen Verträgen. Zur Sicherung der wehrtechnischen Produktion brauchen wir eine an den~~

sicherheitspolitischen Herausforderungen angepasste strategische Beschaffung. Dabei muss der Bedarf der ukrainischen Streitkräfte und weiterer Partner*innen berücksichtigt werden. In internationalen Konfliktfällen müssen wir regelmäßig mit gestörten Lieferketten rechnen. Für die Produktion brauchen wir deshalb innerhalb der NATO und der PESCO (Permanent Structured Cooperation) ein gemeinsames und krisenfestes Beschaffungssystem, das Rohstoffe und Ressourcen in ausreichender Menge zur Verfügung stellt und kritische Bauteile auch selber produziert. Ein Monitoring der Rohstoffe und Ressourcen sollte durch die Mitgliedsstaaten der EU und waffensystembezogen erfolgen. Diese Daten sollten innerhalb der EU ausgetauscht werden können. Schutz vor Einflussnahmen oder gar eine Übernahme durch ausländische Akteure sind durch einen koordinierten Austausch von nachrichtendienstlichen Informationen zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu verbessern.

In internationalen Konfliktfällen müssen wir regelmäßig mit gestörten Lieferketten rechnen. Für die Produktion brauchen wir deshalb innerhalb der NATO und der PESCO (Permanent Structured Cooperation) ein gemeinsames und krisenfestes Beschaffungssystem, das Rohstoffe und Ressourcen in ausreichender Menge zur Verfügung stellt. Ein Monitoring der Rohstoffe und Ressourcen sollte durch die Mitgliedsstaaten der EU und waffensystembezogen erfolgen. Diese Daten sollten innerhalb der EU ausgetauscht werden können.

Wir brauchen auch den Erhalt der technologischen Souveränität, die nur durch Investitionen im Verteidigungsbereich gesichert sind. Gemeinsam mit unseren europäischen Partner*innen müssen wir mit der technologischen Forschung und Entwicklung auf dem internationalen Markt mithalten. Die Förderung eines innovativen und forschungsorientierten Unternehmensmilieus (Start-ups, Neugründungen, kleine Unternehmen, universitäre Ausgründungen etc.) muss ein wichtiges Standbein auch für eine zukunftsfähige SVI sein und ist dringend kontinuierlich auszustatten. Innerhalb dieses Rahmens kann der Staat bei der Ausstattung der Bundeswehr auf erprobte Systeme zurückgreifen, die schnell in großen Stückzahlen produziert werden können. Hier gilt es durch Harmonisierung und Standardisierung möglichst im Rahmen gemeinsamer Beschaffungen die Kosten zu senken und gleichzeitig die Interoperabilität zu steigern. Gleichzeitig zu diesen technologischen Entwicklungen muss Deutschland auch eine führende Rolle in der Verteidigung und Weiterentwicklung der internationalen Rüstungskontrollarchitektur einnehmen. Um mit den rasanten technologischen Entwicklungen der Industrie mithalten zu können, sollte Deutschland hierbei sowohl technologiebasierte als auch verhaltensbasierte Rüstungskontrolle vorantreiben.

Begründung

Die Änderungsanträge bedeuten nicht die Unterstützung der nicht bearbeiteten Absätze und Aussage durch den Antragsteller. Die Streichungen stehen jedoch in völligem Widerspruch zur bisherigen grünen Friedenspolitik und sind damit mittels eines BAG-internen Antrages nicht zulässig. Dies ließe sich nach Auffassung des Antragsstellers nur durch einen Beschluss einer BDK bewerkstelligen.

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 22. September 2024

A1NEU2: Rüstungsindustrie an sicherheitspolitische Aufgaben und Herausforderungen anpassen

ÄNDERUNGSANTRAG Ä2

*Antragsteller*in: Tobias Balke*

Titel

Ändern in:

Europäische Nachrüstungspolitik

Antragstext

Angemessene Antwort auf die russischen Drohungen

Die Mitgliedsstaaten von Nato und EU müssen ihre Fähigkeit und ihre Bereitschaft zur Bündnisverteidigung glaubhaft machen - glaubhaft selbst für den ebenso skeptischen wie zynischen Blick des russischen Präsidenten. Unseren klaren und entschiedenen Worten müssen konsequente Taten folgen. Wir brauchen überzeugende Abschreckung durch Tatsachen - Tatsachen, die hinreichend deutlich machen, dass „der Westen“ den angedrohten Krieg tatsächlich führen könnte und zwar mit guten Aussichten auf militärischen Erfolg.

Die europäischen Staaten sollten der Gefahr vorbeugen, bereits in fünf bis sieben Jahren einen russischer Überfall auf EU-Staaten kontern und dann u.u. jahrelang einen konventionellen „Abnutzungskrieg“ aushalten und führen zu müssen.

Insofern ähnelt die Lage – leider! - der im Kalten Krieg: unsere militärische Sicherheit beruht in Europa bis auf weiteres auf der Abschreckung eines starken und zur hybriden Kriegsvorbereitung fähigen Gegners.

Putins völkerrechtswidriger Angriffskrieg zwingt uns zurück in die System-Konfrontation. Wir übernehmen wieder das „Eindämmen“. Aber natürlich nicht, um darin auf unbestimmte Zeit zu verharren und uns darin womöglich „häuslich einzuigeln“. Das wäre auf die Dauer weder ökologisch noch friedenspolitisch möglich. Es ist aber auch nicht nötig. Das zur Verteidigung entschlossene Europa kann aussenpolitisch Schwung holen.

Zunächst, um den USA beim Regenerieren ihrer freiheitlichen Demokratie behilflich zu sein. Dann, mit vereinten Kräften, kann und soll „der Westen“ für die Neubegründung einer gut funktionierenden Weltfriedensordnung arbeiten. Es geht erst einmal darum, den autoritären Weltmächten durch Festigkeit das Illusorische ihrer Weltbeherrschungsphantasien klar zu machen. Sobald das gelungen ist, sollen durchdachte, grosszügige Angebote zur weltweiten Abrüstung und Entspannung folgen. Um nicht selbst in eine Notwehrlage zu kommen, müssen wir der Ukraine Nothilfe leisten. Wir arbeiten angespannt, um nicht den Spannungsfall eintreten zu lassen. Unsere Planungen sollten auch für sehr ungünstige, aber real mögliche Entwicklungen Vorsorge treffen. Besonders dann, wenn ein wiedergewählter Trump wieder US-Garantien für wirksamen Nato-Beistand in Frage stellt, steigt das Risiko. Europäische Staaten sollten sich vorsorglich in die Lage versetzen, notfalls, bei einem vollständigem Ausfall der US-Unterstützung für die Ukraine, kurzfristig selbst mit Äquivalenten für ausfallende US-Lieferungen einspringen zu können. Europäische Rüstungskapazitäten sollten dies jahrelang leisten und gleichzeitig den europäischen Staaten die eigene, nun leider notwendige Nachrüstung ermöglichen. Waffen und Munition, Fahrzeuge und Ersatzteile müssen hergestellt und gelagert werden.

Europäisierung der Rüstungsindustrie

Um diese keineswegs einfache Aufgabe zu schaffen, brauchen wir eine schnelle Weiterentwicklung der Rüstungsunternehmen. Wir wollen sie als Europäisierung der Rüstungsindustrie mit einer Nivellierung nach oben angehen. Es gilt, Fähigkeiten zu sammeln und zu bündeln, nicht mehr vor allem „industriepolitisch“ bzw. an Wahlkreisen orientiert, sondern die Leistungsfähigkeit optimierend. Die europäisch koordinierte Rüstungsindustrie soll primär für den Eigenbedarf der EU-Länder, unserer Nato-Verbündeten und weiterer Wertepartner*innen entwickeln und produzieren. Nicht mehr der stark fluktuierende Bedarf einzelner Nationalstaaten, sondern der sinnvoll zusammengefasste und gemeinsam mit weitem Zeithorizont vorausschauend geplante Gesamt-Bedarf des „Werte-Westens“ soll Planungsgrundlage werden. Sie soll ökonomisch möglichst unabhängig von Exporten in andere Länder sein, damit Rüstungsprodukte möglichst gezielt als Instrument globaler Bündnispolitik einzusetzen sind.

Standortentscheidungen sollten in Zukunft auf EU-Ebene und dadurch möglichst unabhängig von nationalstaatlichen Interessen und Eitelkeiten getroffen werden. In diese Richtung sollten sich die EU-Mitgliedsstaaten möglichst bald mit möglichst grossen Schritten auf den Weg machen.

Wir wollen eine ergebnisoffene Prüfung, ob Rüstungsbetriebe in staatliches und/oder EU-

Eigentum zu überführen sind. Als mögliche Vorteile sehen wir

- das grosse Problem, dass Kapazitäten und Produktentwicklungen meist erst bei der betriebswirtschaftlichen Rentabilität sichernden Aufträgen ausgebaut werden, würde beseitigt; ein unternehmensübergreifend und langfristig geplanter, zuverlässig bedarfsdeckender Ausbau würde es leichter machen, alles Erforderliche rechtzeitig in der benötigten Qualität und Mengen herzustellen und bereitzustellen.

- der von interessierter Seite ständig weiter kolportierte Verdächtigung, die Nachrüstung diene zuerst und vor allem „Profitinteressen“, Regierung und Regierungsparteien seien der Rüstungslobby hörig usw. usw. würde der Boden entzogen, sobald Gewinne nicht mehr in Aktionär*innenhänden verschwinden, sondern dem Bund bzw. der EU zur Verfügung stehen.

Wir wollen auch eine ergebnisoffene Prüfung, ob es mindestens für Krisenlagen sinnvoll und erforderlich werden kann, Unternehmen zur Übernahme von Produktionen und/oder zum Überlassen von Fachkräften zu verpflichten.

Als möglichen Vorteil sehen wir die Option, dringenden Zusatzbedarf schnell decken zu können.

Finanzierung:

Die „Friedensdividende“ ist aufgezehrt und fällt über eine Reihe von Jahren leider aus. Es gibt nun einen erheblichen Nachholbedarf. Er muss gedeckt werden. Vergleichbare militärische Aufgaben wie im Kalten Krieg können einen vergleichbaren Anteil am Bruttosozialprodukt europäischer Staaten erfordern.

An sich ist das kein unlösbares Problem, nur müssen wir uns zur Lösung erst mal durchringen. Dafür wären auch grossformatige Kreditaufnahmen völlig legitim, denn der Beistand für die Ukraine und die europäische Nachrüstung decken einen unabweisbaren Bedarf und sind Investitionen in die Wiederherstellung und Erhaltung des Friedens. Aber noch besser als eine Reform der Schuldenbremse ist eine kräftige Steigerung der Staatseinnahmen und ein Ende der sozial und ökologisch schädlichen Subventionen. Das ist den Millionen finanziell Starken auch ohne weiteres zuzumuten. Wie fügen hinzu: Steuerzahlen ist immer Pflicht, es begründet keine Sonderansprüche und es gibt auch kein Eigentumsrecht an Steuerbefreiungen.

Begründung

Begründung folgt

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 22. September 2024

A2NEU2: Einsatzbereitschaft und Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr sichern

ÄNDERUNGSANTRAG Ä1

Antragsteller*in: Karl Koch

Titel

Ändern in:

Abrüstung und Diplomatie stärken die Sicherheit

Antragstext

Von Zeile 1 bis 13:

Die globale Sicherheits- und Bedrohungslage ist eine ~~Gefahr für die demokratischen Staaten weltweit. Deutschland und Europa sehen sich dabei sowohl konkreten militärischen und hybriden Bedrohungen durch Russland als auch anderen militärischen Herausforderungen gegenüber. Nur mit glaubwürdiger militärischer Abschreckung und Verteidigungsbereitschaft im Verbund mit NATO und EU wird~~

Herausforderung für die demokratischen Staaten weltweit. Nur mit Abrüstung und Diplomatie im Verbund mit der NATO und der EU wird Deutschland sich dieser Bedrohung stellen können.

~~Für die Bundeswehr muss als Zielsetzung gelten, die Landes- und Bündnisverteidigungsfähigkeit schnellstmöglich zu erreichen, um den Verfassungsauftrag zu erfüllen. Die Fähigkeiten der Bundeswehr müssen daher den Verteidigungsplänen der NATO, des darauf aufbauenden Operationsplans Deutschland sowie auch den weiteren außenpolitischen Anforderungen gemäß der Nationalen Sicherheitsstrategie qualitativ und quantitativ genügen. Ausrüstung, Personal und Organisation der Bundeswehr müssen daher robust und vor allem~~

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 22. September 2024

A2NEU2: Einsatzbereitschaft und Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr sichern

ÄNDERUNGSANTRAG Ä2

*Antragsteller*in: Martin Pilgram*

Antragstext

Von Zeile 13 bis 15 einfügen:

Personal und Organisation der Bundeswehr müssen daher robust und vor allem durchhaltefähig ausgerichtet werden. Dabei muss die Bundeswehr endlich die Pariser Prinzipien (2007) der Vereinten Nationen einhalten und von einer Rekrutierung von unter 18-jährigen absehen. Die Operationsfähigkeit der Bundeswehr ist so anzulegen, dass sie die an sie gestellten Aufgaben auch bei verstärkter